

**Antragsbuch mit den Kommentierungen  
der Antragskommission zur  
Kreisdelegiertenversammlung der  
SPD Mitte am 27.09.2025**

# Inhaltsverzeichnis

## L Anträge an den Landesparteitag

1

<b>L1</b>	<b>Abt. 17 - Brunnenviertel</b>	
L1 Erhalt des FEX-Halts am Bahnhof Gesundbrunnen		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		1
<b>L2</b>	<b>Abteilung 16 - Grünes Dreieck</b>	
L2 Sexuelle Belästigung in Fahrschulen bekämpfen und den Beruf für alle attraktiv machen		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i> . . . . .		4
<b>L3</b>	<b>Abt. 16 - Grünes Dreieck</b>	
L3 „Der Führerschein darf kein Privileg sein – sozial gerecht und klimabewusst mobil in Berlin“		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i> . . . . .		6
<b>L4</b>	<b>Abt. 2 - Alexanderplatz</b>	
L4 Sturzfrei durch die Stadt – für fahrradsichere Tramgleise in Berlin		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		10
<b>L5</b>	<b>Abt. 04 - Luisenstadt</b>	
L5 Umwidmung des 16. Bauabschnitts der A100 zu einer innerstädtischen Straße im BT-Verkehrsausschuss herbeiführen		
<i>Annahme (Kein Konsens)</i> . . . . .		12
<b>L6</b>	<b>Abt. 04 - Luisenstadt</b>	
L6 Jetski-Wellenreiten auf Berliner Wasserstraßen untersagen		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		13
<b>L7</b>	<b>Abt. 04 - Luisenstadt</b>	
L7 Grüne Lungen Berlins nicht kollabieren lassen		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		14
<b>L8</b>	<b>Abt 12 - Nord-Wedding</b>	
L8 Teure Schuldenfalle stoppen – Dispozinsen gesetzlich begrenzen		
. . . . .		15
<b>L9</b>	<b>Abt. 12 - Nord-Wedding</b>	
L9 Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		17
<b>L10</b>	<b>Abt. 12 Nord-Wedding</b>	
L10 Landespräventionsgesetz verwirklichen		
<i>Annahme (Konsens)</i> . . . . .		19

<b>L11</b>	<b>AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit</b>	
L11 Clearingstelle stärken: Zugang zu medizinischer Versorgung für alle		
<i>Annahme (Konsens)</i>		<b>21</b>
<b>L12</b>	<b>AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit</b>	
L12 Koalitionsvertrag in Leichter Sprache		
.....		<b>23</b>
<b>L13</b>	<b>AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit</b>	
L13 Wahlprogramm in Leichter Sprache		
.....		<b>24</b>
<b>L14</b>	<b>Abteilung 06 - Moabit-Nord</b>	
L14 Verlagerung, Erweiterung und Neugestaltung der Bruno-Lösche-Bibliothek in Moabit		
<i>Annahme (Konsens)</i>		<b>25</b>
<b>L15</b>	<b>Abt. 02 - Alexanderplatz</b>	
L15 Keine Überwachung durch Palantir – Grundrechte schützen, demokratische Kontrolle stärken		
.....		<b>27</b>
<b>L16</b>	<b>Abt. 02 - Alexanderplatz</b>	
L16 „Für offene Grenzen: Rücknahme der stationären Grenzkontrollen – für ein solidarisches, vereintes Europa“		
<i>Annahme (Kein Konsens)</i>		<b>29</b>
<b>L17</b>	<b>Abt. 16 - Grünes Dreieck</b>	
L17 Wozu machen wir den Scheiss eigentlich? - Verbindliche Umsetzung und Nachverfolgung von Beschlüssen		
<i>Annahme in der Fassung der AK (Konsens)</i>		<b>31</b>
<b>L18</b>	<b>Abt. 1 - Rosenthaler Vorstadt</b>	
L18 Einführung einer progressiven Leerstandssteuer		
.....		<b>33</b>

## Ini Initiativanträge

**35**

<b>Ini1</b>	<b>Susanne Fischer, Abt. 12 Mitzeichner: Maja Lasic, Abt. 9, Luca Tilly, Abt. 10. Mathias Schulz, Abt. 23</b>	
Ini1	Prävention stärken – soziale Infrastruktur sichern – Verstärkungsmittel erhalten!	
<i>Annahme (Konsens)</i>		<b>35</b>
<b>Ini2</b>	<b>Jusos Mitte</b>	
Ini2	Ari bleibt im öffentlichen Raum – Für ein feministisches Erinnern an die Opfer sexualisierter Gewalt	
.....		<b>38</b>

## L Anträge an den Landesparteitag

L1

**Abt. 17 - Brunnenviertel**

**Die KDV möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Erhalt des FEX-Halts am Bahnhof Gesundbrunnen**

1 Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-  
2 schließen und der Landesparteitag möge be-  
3 schließen, die sozialdemokratischen Mitglie-  
4 der des Senats und des Abgeordnetenhau-  
5 ses von Berlin werden beauftragt sich nach-  
6 drücklich bei den zuständigen Stellen – inklu-  
7 sive der zuständigen Stellen des Bundes, der  
8 Deutschen Bahn sowie des Verkehrsverbun-  
9 des Berlin-Brandenburg (VBB) – mit Nach-  
10 druck dafür einzusetzen, dass der Halt des  
11 Flughafenexpress (FEX) am Bahnhof Gesund-  
12 brunnen über Dezember 2025 hinaus erhal-  
13 ten bleibt. Dabei wird angeregt, die Mög-  
14 lichkeit zu prüfen, den Halt zumindest in ei-  
15 nem 40-Minuten-Takt (also mit jedem zwei-  
16 ten Zug) anzubieten, um die Verknüpfung  
17 zwischen dem Norden Berlins, und dem Flug-  
18 hafen BER zu sichern.

19

**Begründung**

21 Der Bahnhof Gesundbrunnen nimmt als  
22 multimodaler Verkehrsknotenpunkt im  
23 Norden Berlins eine herausgehobene Rolle  
24 ein. Hier treffen Regionalzüge, die Nord-  
25 Süd-Verbindung der S-Bahn, die Ringbahn  
26 und die U-Bahn-Linie U8 aufeinander. Der  
27 Bahnhof liegt in einem dicht besiedelten  
28 Stadtgebiet und ist zentraler Umsteige- und  
29 Ausgangspunkt für viele Bewohner\*innen  
30 der nördlichen Bezirke und wird auch von  
31 Touristen geschätzt und genutzt.

32

33 Die aktuellen Planungen sehen vor, den Flug-  
34 hafenexpress (FEX) ab dem Fahrplanwechsel  
35 im Dezember 2025 nicht mehr am Bahnhof  
36 Gesundbrunnen halten zu lassen. Begründet  
37 wird dies unter anderem mit betrieblichen  
38 Verbesserungen und einer neuen Linienfüh-

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

Die Kreisdelegiertenversammlung möge be-  
schließen und der Landesparteitag möge be-  
schließen, die sozialdemokratischen Mitglie-  
der des Senats und des Abgeordnetenhau-  
ses von Berlin werden beauftragt sich nach-  
drücklich bei den zuständigen Stellen – inklu-  
sive der zuständigen Stellen des Bundes, der  
Deutschen Bahn sowie des Verkehrsverbun-  
des Berlin-Brandenburg (VBB) – mit Nach-  
druck dafür einzusetzen, dass der Halt des  
Flughafenexpress (FEX) am Bahnhof Gesund-  
brunnen über Dezember 2025 hinaus erhal-  
ten bleibt. Dabei wird angeregt, die Mög-  
lichkeit zu prüfen, den Halt zumindest in ei-  
nem 40-Minuten-Takt (also mit jedem zwei-  
ten Zug) anzubieten, um die Verknüpfung  
zwischen dem Norden Berlins, und dem Flug-  
hafen BER zu sichern.

39 rung über andere Bahnhöfe. Ziel ist es, den  
40 BER häufiger und mit kürzerer Fahrzeit zu er-  
41 reichen sowie Verspätungen zu verringern.

42

43 Dennoch droht mit dem Wegfall des FEX-  
44 Halts Gesundbrunnen eine erhebliche Ver-  
45 schlechterung der direkten Flughafenanbin-  
46 dung für viele Berliner\*innen aus dem Norden  
47 der Stadt.

48

49 Die Bedeutung des Bahnhofs Gesundbrun-  
50 nen als FEX-Halt zeigt sich auch an den Fahr-  
51 gastzahlen: 2024 nutzten rund 6.000 Men-  
52 schen täglich den FEX am Bahnhof Gesund-  
53 brunnen – eine Zahl, die belegt, dass der Halt  
54 für die Nutzer\*innen relevant ist und eine  
55 wichtige Funktion besitzt. Viele Fahrgäste  
56 schätzen zwar den Hauptbahnhof als zentra-  
57 le Drehscheibe, empfinden jedoch das Um-  
58 steigen dort als unübersichtlich und belas-  
59 tend, insbesondere für Menschen mit Mobi-  
60 litätseinschränkungen, Familien mit Kindern  
61 oder ältere Menschen. Der Bahnhof Gesund-  
62 brunnen hingegen ist übersichtlich, barrie-  
63 reararm und weniger hektisch. Er bietet ei-  
64 nen niedrigschwlligen Zugang für die An-  
65 bindung an den Flughafen BER und entlastet  
66 zugleich die Ein- und Umsteigefrequenz am  
67 Hauptbahnhof.

68

69 Die Nord-Süd-Verbindungen und die direk-  
70 te Erreichbarkeit aus weiten Teilen Wed-  
71 ding, Pankow und Reinickendorf werden oh-  
72 ne FEX-Halt am Gesundbrunnen deutlich ver-  
73 schlechtert oder mit zusätzlichem Umsteige-  
74 aufwand verbunden.

75

76 Darüber hinaus sprechen ökologische und so-  
77 ziale Gründe für den Erhalt dieses Halts: Ein  
78 attraktives, direktes und barrierefreies Ange-  
79 bot ist entscheidend, um Menschen zum Um-  
80 stieg vom Auto auf die Bahn zu bewegen und  
81 die Mobilitätsgerechtigkeit in allen Teilen der  
82 Stadt zu gewährleisten. Für den Zugverkehr  
83 bedeutet es lediglich, die Erweiterung um ei-  
84 nen Halt vom Hauptbahnhof zum Gesund-

85 brunnen.

86

87 Sollte die vollständige Beibehaltung des Halts  
88 für alle FEX-Züge nicht umsetzbar sein, könn-  
89 te als Kompromiss vorgeschlagen werden,  
90 wenigstens jeden zweiten FEX am Bahnhof  
91 Gesundbrunnen halten zu lassen. Dies wür-  
92 de den Bedürfnissen der Berliner Bevölkerung  
93 nach einer guten Anbindung deutlich entge-  
94 genkommen, zugleich aber auch betriebliche  
95 Erfordernisse berücksichtigen. Damit bliebe  
96 Gesundbrunnen als wichtiger und stark fre-  
97 quentierter Verkehrsknoten erhalten, ohne  
98 das Gesamtsystem unverhältnismäßig zu be-  
99 lasten.

100

101 Fazit:

102 Der Halt des FEX am Bahnhof Gesundbrun-  
103 nen ist ein essenzieller Bestandteil einer ge-  
104 rechten und leistungsfähigen Flughafenan-  
105 bindung für den Norden Berlins.

**L2****Abteilung 16 - Grünes Dreieck****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Sexuelle Belästigung in Fahrschulen bekämpfen und den Beruf für alle attraktiv machen**

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein die Fahrschul-  
 2 ausbildung für alle sicher und chancengleich  
 3 zu machen. Besonderes Augenmerk gilt dabei  
 4 Mädchen und Frauen, die als Fahrschülerin-  
 5 nen vor sexueller Belästigung geschützt wer-  
 6 den sollten und als angehende Fahrlehrerin-  
 7 nen gleiche Karrierechancen erhalten sollen.  
 8

**9 Wir fordern:**

- 10 1. Verbindliche Schutzkonzepte gegen sexuel-  
 11 le Belästigung  
 12 - Einführung klarer Verhaltenskodizes - Schu-  
 13 lungen für Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern  
 14 für eine sichere und respektvolle Ausbildung  
 15 - Schaffung von anonymen Beschwerde- und  
 16 Beratungsangeboten für Fahrschülerinnen  
 17 mit verpflichtenden Informationen zu Beginn  
 18 der Ausbildung - Kameras in Fahrschulautos  
 19 - bei minderjährigen Schülerinnen verpflich-  
 20 tend, darüber je nach Wunsch der Schüler\*in  
 21 (beides DSGVO-konform)

22

- 23 2. Gezielte Förderung von Frauen zum Beruf  
 24 Fahrlehrerin  
 25 - Kampagnen zur Gewinnung von Fahrlehre-  
 26 rinnen - Unterstützung bei beruflicher Wei-  
 27 terqualifikation und Vernetzung  
 28

**29 Begründung**

- 30 Immer wieder machen Berichte über sexuel-  
 31 le Belästigung in Fahrschulen Schlagzeilen. In  
 32 einem Umfeld, das durch starke Abhängig-  
 33 keit geprägt, eine besondere Nähe zwischen  
 34 Fahrlehrkraft und Schüler\*in und fehlende ex-  
 35 terne Kontrolle ist die Gefahr für sexualisier-  
 36 te Gewalt überdurchschnittlich hoch. Hier be-  
 37 steht ein klarer Handlungsauftrag, um Schutz

**Empfehlung der Antragskommission  
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD setzt sich dafür ein die Fahrschul-  
 ausbildung für alle sicher und chancengleich  
 zu machen. Besonderes Augenmerk gilt dabei  
 Mädchen und Frauen, die als Fahrschülerin-  
 nen vor sexueller Belästigung geschützt werden  
 sollten und als angehende Fahrlehrerinnen  
 gleiche Karrierechancen erhalten sollen.

**Wir fordern:**

1. Verbindliche Schutzkonzepte gegen sexuel-  
 le Belästigung  
 - Einführung klarer Verhaltenskodizes - Schu-  
 lungen für Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern  
 für eine sichere und respektvolle Ausbildung  
 - Schaffung von anonymen Beschwerde- und  
 Beratungsangeboten für Fahrschülerinnen  
 mit verpflichtenden Informationen zu Beginn  
 der Ausbildung
2. Gezielte Förderung von Frauen zum Beruf  
 Fahrlehrerin  
 - Kampagnen zur Gewinnung von Fahrlehre-  
 rinnen - Unterstützung bei beruflicher Wei-  
 terqualifikation und Vernetzung

38 und Sicherheit verbindlich zu verankern.

39

40 Gleichzeitig ist die Fahrschule im Hinblick auf  
41 das ausbildende Personal männerdominiert.  
42 Momentan sind etwa 89% der Fahrlehrkräfte  
43 männlich. Das Potential von Frauen in diesem  
44 Beruf sollte wesentlich besser ausgeschöpft  
45 werden. Frauen können dabei die Wahlfrei-  
46 heit von Fahrschülerinnen stärken und den  
47 Personalproblemen der Branche mit entge-  
48 genwirken. Sozialdemokratische Verkehrspo-  
49 litik muss sicherstellen, dass Mobilität und  
50 Ausbildung für alle sicher, fair und chancen-  
51 gleich zugänglich sind.

**L3****Abt. 16 - Grünes Dreieck****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****„Der Führerschein darf kein Privileg sein – sozial gerecht und klimabewusst mobil in Berlin“**

1 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Erwerb  
 2 eines Führerscheins für junge Menschen, Aus-  
 3 zubildende und Menschen mit geringem Ein-  
 4 kommen spürbar günstiger und sozial ge-  
 5 recht gestaltet wird, ohne dabei die klima-  
 6 politischen Ziele der Stadt aus dem Blick zu  
 7 verlieren. Gerade in einer vielfältigen Metro-  
 8 pole wie Berlin darf Mobilität keine Frage  
 9 des Geldbeutels sein. Ein Führerschein kostet  
 10 bundesweit im Schnitt rund 3.300 Euro. Auch  
 11 in Berlin überschreiten die Gesamtkosten  
 12 häufig 3.000 Euro. Für viele junge Menschen,  
 13 Auszubildende und Menschen mit geringem  
 14 Einkommen ist das eine kaum überwindba-  
 15 re Hürde. Dabei ist der Führerschein nach wie  
 16 vor notwendig, sei es im Schichtdienst, im  
 17 Handwerk, in Pflegeverantwortung oder in  
 18 Stadtrandlagen mit eingeschränktem ÖPNV.  
 19 Um soziale Teilhabe zu sichern, braucht es  
 20 grundlegende Reformen in der Führerschein-  
 21 ausbildung. Diese Reformen sollten einge-  
 22 bunden werden in die Verkehrswende und kli-  
 23 mafreundlichere Wege das Auto zu benutzen  
 24 mit integrieren.

25

**Wir fordern:**

- 27     • Den Fragenkatalog auf ein erträgliches  
       Maß zu reduzieren (aktuell 1.040, TÜV  
       Pressemitteilung 25.03.2025)
- 29     • Die Dauer der praktischen Prüfung ins-  
       gesamt auf 45min zu deckeln (FeV An-  
       lage 7, §17 Abs. 2)
- 31     • Eine öffentliche Diskussion zur Auf-  
       weichung oder Abschaffung der Fahr-  
       schulpflicht (Umgestaltung des §4, 1b  
       Fahrschüler-Ausbildungsordnung.)
- 33     • Verpflichtende Einbindung von qualita-  
       tiven Theorie-Apps (mglw. Abomodell,

**Empfehlung der Antragskommission  
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Erwerb eines Führerscheins für junge Menschen, Auszubildende und Menschen mit geringem Einkommen spürbar günstiger und sozial gerecht gestaltet wird, ohne dabei die klimapolitischen Ziele der Stadt aus dem Blick zu verlieren. Gerade in einer vielfältigen Metropole wie Berlin darf Mobilität keine Frage des Geldbeutels sein. Ein Führerschein kostet bundesweit im Schnitt rund 3.300 Euro. Auch in Berlin überschreiten die Gesamtkosten häufig 3.000 Euro. Für viele junge Menschen, Auszubildende und Menschen mit geringem Einkommen ist das eine kaum überwindbare Hürde. Dabei ist der Führerschein nach wie vor notwendig, sei es im Schichtdienst, im Handwerk, in Pflegeverantwortung oder in Stadtrandlagen mit eingeschränktem ÖPNV. Um soziale Teilhabe zu sichern, braucht es grundlegende Reformen in der Führerscheinausbildung. Diese Reformen sollten eingebunden werden in die Verkehrswende und klimafreundlichere Wege das Auto zu benutzen mit integrieren.

**Wir fordern:**

- Den Fragenkatalog auf ein erträgliches Maß zu reduzieren (aktuell 1.040, TÜV Pressemitteilung 25.03.2025)
- Die Dauer der praktischen Prüfung insgesamt auf 45min zu deckeln (FeV Anlage 7, §17 Abs. 2)
- Eine öffentliche Diskussion zur Aufweichung oder Abschaffung der Fahrschulpflicht (Umgestaltung des §4, 1b Fahrschüler-Ausbildungsordnung.)
- Verpflichtende Einbindung von qualitativen Theorie-Apps (mglw. Abomodell,

38 tiven Theorie-Apps (mglw. Abomodell,  
 39 staatliche App)  
 40 • Ermöglichung von Online-Unterricht  
 41 zur Theorie (Umgestaltung des §4, 1b  
 42 Fahrschüler-Ausbildungsordnung.)  
 43 • Steuerliche Absetzung der ersten Prü-  
 44 fung (Theorie und Praxis) Wegfall der  
 45 MwSt. durch Kategorisierung des Füh-  
 46 rerscheins als Erwachsenenbildung.  
 47 • Einsatz von Fahrsimulatoren zur Absol-  
 48 vierung der Schaltstunden und Ergän-  
 49 zung der Praxis - Einsparung von Schalt-  
 50 wagen  
 51 • Absetzung des Alters für den Eintritt  
 52 in die Fahrschule auf 16 Jahren (aktuell  
 53 16,5)  
 54 • Verlängerung der Sperrfrist bei Täu-  
 55 schungsversuch bei der theoretischen  
 56 Prüfung auf 18 Monate (aktuell 9)  
 57 • Gezielte Förderung von Hybridfahrzeu-  
 58 gen und Elektrofahrzeugen bei Fahr-  
 59 schulen - Ladesäule an Fahrschule an-  
 60 gebunden

## 61 **Begründung**

62 Begründungen der einzelnen Forderungen:

63 Reduzierung des Fragenkatalogs: Der theo-  
 64 retische Fragenkatalog umfasst aktuell 1.040  
 65 Fragen. Diese Zahl ist aus Sicht vieler Fach-  
 66 leute unverhältnismäßig hoch. Der ADAC kri-  
 67 tisiert, dass ein Teil der Fragen nicht sicher-  
 68 heitsrelevant ist. Eine Reduzierung würde die  
 69 Vorbereitung erleichtern, die Durchfallquote  
 70 senken und die Gesamtkosten senken, ohne  
 71 Abstriche bei der Verkehrssicherheit.

72 Deckelung der praktischen Prüfungsdauer:  
 73 Insgesamt ist die Dauer der praktischen Prü-  
 74 fung ist heute bei 55 Minuten festgeschrie-  
 75 ben. Anders als die konkrete Prüfungsdauer  
 76 ergibt sich diese Regelung national und nicht  
 77 aus im EU-Recht. Das führt zu längeren Prü-  
 78 fungen, mehr Personalaufwand und höheren  
 79 Gebühren. Eine einheitliche Obergrenze bei  
 80 45 Minuten wäre praxisnah, fair und würde

81 staatliche App)  
 82 • Ermöglichung von Online-Unterricht  
 83 zur Theorie (Umgestaltung des §4, 1b  
 84 Fahrschüler-Ausbildungsordnung.)  
 85 • Einsatz von Fahrsimulatoren zur Absol-  
 86 vierung der Schaltstunden und Ergän-  
 87 zung der Praxis - Einsparung von Schalt-  
 88 wagen  
 89 • Absetzung des Alters für den Eintritt  
 90 in die Fahrschule auf 16 Jahren (aktuell  
 91 16,5)  
 92 • Verlängerung der Sperrfrist bei Täu-  
 93 schungsversuch bei der theoretischen  
 94 Prüfung auf 18 Monate (aktuell 9)  
 95 • Gezielte Förderung von Hybridfahrzeu-  
 96 gen und Elektrofahrzeugen bei Fahr-  
 97 schulen - Ladesäule an Fahrschule an-  
 98 gebunden

84 sowohl Prüfende als auch Fahrschülerinnen  
85 entlasten.

86

87 Öffnung der Fahrschulpflicht: Die verpflich-  
88 tende Fahrschulausbildung hat über Jahre  
89 hohe Qualitätsstandards gesichert. Heute ist  
90 sie aber auch ein Teil des Problems: Es gibt  
91 zu wenige Fahrlehrer und Fahrlehrerinnen  
92 und lange Wartezeiten. Die gesetzliche Pflicht  
93 könnte zugunsten eines flexibleren Modells  
94 überarbeitet werden, das digitalen Unter-  
95 richt, staatlich zertifizierte Eigenlernangebo-  
96 te und moderne Ausbildungsmethoden be-  
97 rücksichtigt.

98

99 Förderung von E- und Hybridfahrzeugen in  
100 Fahrschulen: Fahrschulen können eine Vorrei-  
101 terrolle bei der Verkehrswende einnehmen.  
102 Der Umstieg auf Elektro- und Hybridfahrzeu-  
103 ge sollte durch gezielte Förderprogramme er-  
104 leichtert werden. Ladesäulen an den Standor-  
105 ten sind eine notwendige Voraussetzung für  
106 die Alltagstauglichkeit.

107

108 Verpflichtender Einsatz qualitativ hochwerti-  
109 ger Lern-Apps: Digitale Lernhilfen sind heute  
110 Standard, doch ihre Qualität ist oft ungleich  
111 verteilt. Eine staatlich unterstützte App oder  
112 ein öffentlich gefördertes Lizenzmodell könn-  
113 te für gleiche Voraussetzungen sorgen und  
114 insbesondere Schüler\*innen mit wenig Geld  
115 gezielt unterstützen

116

117 Ermöglichung von Online-Theorieunterricht:  
118 Während der Corona-Pandemie war digitaler  
119 Theorieunterricht zeitweise möglich und er-  
120 folgreich. Eine dauerhafte rechtliche Grund-  
121 lage für Online-Unterricht würde Flexibilität  
122 schaffen, Anfahrtswege sparen und die Ver-  
123 einbarkeit mit Ausbildung oder Familie ver-  
124 bessern.

125

126 Steuerliche Absetzbarkeit der ersten Prüfung:  
127 Die Gebühren für die Theorie- und Praxisprü-  
128 fung belaufen sich auf mehrere hundert Euro.  
129 Eine steuerliche Absetzbarkeit der ersten Prü-

130 fungsversuche wäre eine gezielte Entlastung,  
131 die besonders junge Menschen mit geringem  
132 Einkommen unterstützt.

133

134 Einsatz von Fahrsimulatoren: Fahrsimulato-  
135 ren können die Ausbildung effizienter und si-  
136 cherer machen. Sie eignen sich besonders zur  
137 Vorbereitung auf das Fahren mit Schaltwa-  
138 gen, aber auch generell zur Simulation kom-  
139 plexer Verkehrssituationen. Als ergänzendes  
140 Lernmittel verbessern sie die Qualität der  
141 Ausbildung, senken Kosten und schonen Um-  
142 weltressourcen.

143

144 Absetzung des Alters den Eintritt in die Fahr-  
145 schule auf 16 Jahren: Das begleitete Fahren  
146 vor der Volljährigkeit ist eine sinnvolle Mög-  
147 lichkeit frühzeitig das Autofahren zu erlernen  
148 und hat vor allem in Bezug auf die Verkehrssi-  
149 cherheit bisher Erfolge mit sich gebracht. Au-  
150 ßerdem bleibt den Fahrschüler\*innen somit  
151 mehr Zeit zur Absolvierung ihrer Theorie- und  
152 Praxisstunden, was Ihnen bei den Prüfungen  
153 zum besseren Erfolg verhelfen kann. Um die  
154 Vorteile des begleiteten Fahrens weiter aus-  
155 zuschöpfen wollen wir den Beginn der Fahr-  
156 schulausbildung mit Eintritt in das 17. Lebens-  
157 jahr ermöglichen.

158

159 Verlängerung der Sperrfrist bei Täuschungs-  
160 versuchen: Täuschungsversuche in der theo-  
161 retischen oder praktischen Prüfung unter-  
162 graben die Verkehrssicherheit. Die derzeitige  
163 Sperrfrist von 9 Monaten wirkt zu milde. Eine  
164 Verlängerung auf 18 Monate würde die Ernst-  
165 haftigkeit der Ausbildung unterstreichen und  
166 Fehlverhalten deutlicher sanktionieren.

167

168 Förderung von E- und Hybridfahrzeugen in  
169 Fahrschulen: Fahrschulen können eine Vorrei-  
170 terrolle bei der Verkehrswende einnehmen.  
171 Der Umstieg auf Elektro- und Hybridfahrzeu-  
172 ge sollte durch gezielte Förderprogramme er-  
173 leichtert werden. Ladesäulen an den Standor-  
174 ten sind außerdem eine notwendige Voraus-  
175 setzung für die Alltagstauglichkeit.

---

L4

**Abt. 2 - Alexanderplatz**

**Die KDV möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Sturzfrei durch die Stadt – für fahrradsichere Tramgleise in Berlin**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-  
2 nats, der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
3 und die SPD-Fraktionen in den Bezirksver-  
4 ordnetenversammlungen werden aufgefor-  
5 dert, ein berlinweites Programm zur Erhö-  
6 hung der Sicherheit von Radfahrenden an  
7 Straßenbahngleisen zu entwickeln und um-  
8 zusetzen. Dieses Programm soll nicht nur die  
9 systematische Umrüstung der Tramgleise auf  
10 fahrradsichere Systeme beinhalten, sondern  
11 auch eine baulich gesicherte Radverkehrs-  
12 führung entlang von Tramtrassen, die konse-  
13 quente Bekämpfung von Falschparken sowie  
14 ein begleitendes Monitoring.

15

16

**17 Begründung**

18

19 Die Notwendigkeit für ein solches Programm  
20 zeigt sich in den aktuellen Unfallzahlen. Al-  
21 lein im Jahr 2024 kam es in Berlin zu 133  
22 365 Verkehrsunfällen, bei denen 16 480 Men-  
23 schen verletzt und 55 getötet wurden – dar-  
24 unter elf Radfahrende. Das Risiko bleibt da-  
25 mit hoch und verlangt nach entschlosse-  
26 nem Handeln. Besonders gefährlich sind je-  
27 ne Schnittstellen, an denen Straßenbahnglei-  
28 se und Radverkehr unmittelbar nebeneinan-  
29 der verlaufen. Dort führen blockierte Radwe-  
30 ge oder in zweiter Reihe parkende Fahrzeuge  
31 regelmäßig dazu, dass Radfahrende gezwun-  
32 gen sind, in Gleisnähe auszuweichen – mit ei-  
33 nem erheblich erhöhten Unfallrisiko.

34

35 Innovative Verfahren bieten die Chance, ei-  
36 ne dauerhafte Lösung für dieses Sicherheits-  
37 problem zu schaffen. Entscheidend ist da-  
38 bei, dass ihre Praxistauglichkeit, Langlebig-

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-  
nats, der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
und die SPD-Fraktionen in den Bezirksver-  
ordnetenversammlungen werden aufgefor-  
dert, ein berlinweites Programm zur Erhö-  
hung der Sicherheit von Radfahrenden an  
Straßenbahngleisen zu entwickeln und um-  
zusetzen. Dieses Programm soll nicht nur die  
systematische Umrüstung der Tramgleise auf  
fahrradsichere Systeme beinhalten, sondern  
auch eine baulich gesicherte Radverkehrs-  
führung entlang von Tramtrassen, die konse-  
quente Bekämpfung von Falschparken sowie  
ein begleitendes Monitoring.

39 keit und Wartungsarmut gewährleistet sind.  
40 In mehreren europäischen Städten laufen be-  
41 reits vielversprechende Tests. Dabei werden  
42 Rillenschienen mit einem speziellen Füllma-  
43 terial versehen, das unter dem Gewicht der  
44 Straßenbahn nachgibt, für Fahrradreifen je-  
45 doch eine geschlossene und sichere Oberflä-  
46 che bildet. Für Berlin bedeutet dies, dass er-  
47 gebnisoffen geprüft werden muss, welches  
48 Verfahren sich langfristig als das geeignets-  
49 te erweist. Erst auf dieser Grundlage kann ei-  
50 ne berlinweite Umsetzung erfolgen, die nicht  
51 nur kurzfristige Verbesserungen bringt, son-  
52 dern dauerhaft verlässlich wirkt.

53

54 Um die Unfallgefahr nachhaltig zu reduzie-  
55 ren, reicht jedoch eine technische Lösung al-  
56lein nicht aus. Notwendig ist ein abgestimm-  
57 tes Maßnahmenpaket, das sowohl die Gleis-  
58 sicherung als auch die Gesamtverkehrssitu-  
59 ation berücksichtigt. Dazu gehören:

- 60 • die systematische Identifikation und Prio-  
61 risierung der Unfallschwerpunkte im Berliner  
62 Straßenbahnenetz durch Konflikte mit dem  
63 Radverkehr,
- 64 • die Umrüstung dieser Gefahrenstellen mit  
65 einem fahrradsicheren Gleissystem, das sich  
66 im Praxistest als am besten geeignet erweist,
- 67 • bauliche Sicherungen der Radwege entlang  
68 von Tramtrassen, um Blockaden durch par-  
69 kende Fahrzeuge zu verhindern,
- 70 • die konsequente Kontrolle und Ahndung  
71 von Falschparken, insbesondere in zweiter  
72 Reihe,
- 73 • sowie ein begleitendes Monitoring der Un-  
74 fallzahlen, um die Wirksamkeit der Maßnah-  
75 men transparent zu evaluieren.

76 Mit diesem Antrag bekennt sich die SPD klar  
77 zur Vision Zero – dem Ziel, dass niemand im  
78 Straßenverkehr getötet oder schwer verletzt  
79 wird. Fahrradsichere Tramgleise, kombiniert  
80 mit sicherer Radinfrastruktur, konsequenter  
81 Kontrolle und transparenter Evaluation, sind  
82 ein notwendiger Schritt für eine moderne, si-  
83 chere und nachhaltige Verkehrspolitik in Ber-  
84 lin.

---

L5

Abt. 04 - Luisenstadt

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Umwidmung des 16. Bauabschnitts der A100 zu einer innerstädtischen Straße im BT-Verkehrsausschuss herbeiführen

1 Um die Gefährdung für Fußgängerinnen/Fußgänger und Radfahrerinnen/Radfahrer zu senken und dem ÖPNV am Treptower Park wieder Vorrang zu geben, setzen sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Bundestages sowie des Senats und der Bundesregierung für eine Umwidmung der A100 auf dem 16. Bauabschnitt zu einer innerstädtischen Bundesstraße ein; Voraussetzung für eine ampelbasierte Steuerung des Verkehrsflusses, damit nur so viele Autos in die Elsenstraße abfließen, wie es der reguläre Verkehr zulässt.

14

### 15 Begründung

16 Die SenMVKU hat trotz fundierter Warnungen - und obwohl kein Verkehrskonzept existierte - den Verkehrskollaps durch die Eröffnung des 16. BA herbeigeführt. Die Leidtragenden sind die Berlinerinnen und Berliner in Alt-Treptow, Friedrichshain-Kreuzberg und mittelbar durch die überfüllten Straßen auch Mitte.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Kein Konsens)

Um die Gefährdung für Fußgängerinnen/Fußgänger und Radfahrerinnen/Radfahrer zu senken und dem ÖPNV am Treptower Park wieder Vorrang zu geben, setzen sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Bundestages sowie des Senats und der Bundesregierung für eine Umwidmung der A100 auf dem 16. Bauabschnitt zu einer innerstädtischen Bundesstraße ein; Voraussetzung für eine ampelbasierte Steuerung des Verkehrsflusses, damit nur so viele Autos in die Elsenstraße abfließen, wie es der reguläre Verkehr zulässt.

---

**L6****Abt. 04 - Luisenstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Jetski-Wellenreiten auf Berliner Wasserstraßen untersagen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des  
2 AGH und die sozialdemokratischen Mitglie-  
3 der des Senats setzen sich für ein Verbot  
4 des Führens von Wassermotorrädern auf  
5 den Berliner Wasserstraßen ein und zielen  
6 dabei auf entsprechende Änderungen bzw.  
7 Länderklauseln in den Bundesregelwerken,  
8 insbesondere die Verordnung über das  
9 Fahren mit Wassermotorrädern auf den Bin-  
10 nenschifffahrtsstraßen (Wassermotorräder-  
11 Verordnung).

12

**13 Begründung**

14 Die Anzahl der Jetskis steigt seit Jahren ex-  
15 ponentiell mit daraus resultierenden großen  
16 Gefahren für Wassersportlerinnen und Was-  
17 sersportler. Jetskis fahren auf den Berliner  
18 Wasserstraßen (Höchstgeschwindigkeit Fluss  
19 10 km/h, Kanal 8 km/h) in einer von un-  
20 serer Landeswasserschutzpolizei quasi nicht  
21 kontrollierbaren Grauzone, sog. Wanderfahr-  
22 ten: "Fahrten mit einem festen Ausgangs-  
23 punkt und einem festen Zielpunkt, bei der die  
24 einzelnen Wegpunkte des Streckenverlaufs  
25 nicht mehr als zweimal passiert werden."  
26 Diese Vorgabe gepaart mit der geltenden  
27 Höchstgeschwindigkeit nimmt einer Jetski-  
28 Fahrt jeglichen Spaß und jeden Sinn. Die  
29 gefühlte Straflosigkeit aufgrund der kompli-  
30 zierten Ahndungslage führt bei immer mehr  
31 Bootsführerinnen und Bootsführern zu Risi-  
32 kobereitschaft und Respektlosigkeit gegen-  
33 über schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen  
34 und Verkehrsteilnehmern. Traditionssportar-  
35 ten wie Rudern, Paddeln und Segeln leiden  
36 darunter.

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich für ein Verbot des Führens von Wassermotorrädern auf den Berliner Wasserstraßen ein und zielen dabei auf entsprechende Änderungen bzw. Länderklauseln in den Bundesregelwerken, insbesondere die Verordnung über das Fahren mit Wassermotorrädern auf den Binnenschifffahrtsstraßen (Wassermotorräder-Verordnung).

---

L7

**Abt. 04 - Luisenstadt**

**Die KDV möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Grüne Lungen Berlins nicht kollabieren lassen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des  
2 AGH setzen sich bei den Haushaltsverhand-  
3 lungen für den Doppelhaushalt 2026/27  
4 insbesondere für die Rücknahme der massi-  
5 ven Kürzungen bei der grünen Infrastruktur  
6 ein, um den Verfall der Bezirklichen Grün-  
7 anlagen zu verhindern. Sie verteidigen das  
8 Stadtgrün als Naherholung-, Rückzugs- und  
9 Begegnungsort; insbesondere für die Berline-  
10 rinnen und Berliner, die keine eigene Terrasse  
11 oder keinen eigenen Garten besitzen.

12

13

**14 Begründung**

15 Angesichts häufiger auftretende Trockenpe-  
16 rioden, Hitzewellen und Extremwetter sind  
17 gezielte Bewässerung, Nachpflanzungen und  
18 klimaangepasste Pflegemaßnahmen nötiger  
19 denn je. Nicht zuletzt für den Gesundheits-  
20 schutz der Bevölkerung und den begonnenen  
21 Umbau zur Schwammstadt.

**Empfehlung der Antragskommission  
Annahme (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH setzen sich bei den Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2026/27 insbesondere für die Rücknahme der massiven Kürzungen bei der grünen Infrastruktur ein, um den Verfall der Bezirklichen Grünanlagen zu verhindern. Sie verteidigen das Stadtgrün als Naherholung-, Rückzugs- und Begegnungsort; insbesondere für die Berlinerinnen und Berliner, die keine eigene Terrasse oder keinen eigenen Garten besitzen.

**L8****Abt 12 - Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Teure Schuldenfalle stoppen – Dispozinsen gesetzlich begrenzen**

- 1 Die SPD setzt sich für eine wirksame gesetzliche Begrenzung von Dispositions- und Überziehungszinsen ein.
- 2 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion sowie in den entsprechenden Gremien werden erbeten, folgende Regelung umzusetzen:
- 3 1. Dispositions- und Überziehungszinsen sind allgemein und einheitlich auf maximal 2 Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz der EZB gesetzlich zu begrenzen.
- 4 2. Kreditinstitute sind verpflichtet, Kund:innen bei dauerhafter Inanspruchnahme von Dispokrediten auf günstigere Alternativen hinzuweisen und entsprechende Umschuldungen aktiv anzubieten.
- 5 3. Automatisierte Kündigungen von Dispokrediten ohne individuelle Prüfung und Beratung sind unzulässig.

**Begründung**

- 6 Die aktuellen Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank haben dazu geführt, dass Dispositionszinsen vieler Banken auf 9 bis 12 % angestiegen sind. Besonders betroffen sind Haushalte mit geringem Einkommen, die häufig auf Dispokredite angewiesen sind.
- 7 Während wohlhabendere Kund:innen günstige Kreditkonditionen erhalten, zahlen ein-kommensschwache Verbraucher:innen Spitzenzinsen. Diese Praxis verschärft soziale Ungleichheit, fördert Überschuldung und wirkt wie ein „Strafzins für Armut“.
- 8 Eine Begrenzung auf nur 2 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz stellt sicher, dass Banken weiterhin einen Risikoauflschlag verlan-

39 gen können, ohne Wucherzinsen zu erheben.  
40 Zugleich werden Verbraucher:innen effektiv  
41 geschützt und Überschuldungsrisiken redu-  
42 ziert.  
43 Damit wird die SPD ihrem Anspruch gerecht,  
44 soziale Gerechtigkeit auch im Finanzmarkt  
45 durchzusetzen und Verbraucherrechte wirk-  
46 sam zu stärken.

**L9****Abt. 12 - Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht**

- 1 Die SPD setzt sich für eine grundlegende Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht ein. Ziel ist es, Missbrauchsmöglichkeiten zu schließen, Steuergerechtigkeit herzustellen und die Belastung gerechter zwischen großen Unternehmensvermögen und normalen Erb:innen zu verteilen.
- 9 Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung, 10 der Bundestagsfraktion sowie in den entsprechenden Gremien werden aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen
- 13
- 14 1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der Bedarfsprüfung ist nicht nur das Vermögen der erwerbenden Person, sondern das gesamte Familienvermögen (Ehepartner, Kinder, enge Verwandte) einzubeziehen.
- 20 2. Strenge Offenlegungspflichten: Einführung umfassender Transparenz über in- und ausländisches Vermögen; bei unvollständigen oder falschen Angaben greifen Sanktionen.
- 25 3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass nur bei nachweisbarer Gefahr der Insolvenz oder Zerschlagung des Unternehmens.
- 29 4. Mindestbesteuerung: Einführung einer verpflichtenden Mindeststeuer, um vollständige Steuerfreiheit auszuschließen.
- 33 5. Unterscheidung nach Unternehmensgröße: Die Bedarfsprüfung soll ausschließlich für kleine und mittlere Betriebe gelten; Großkonzerne und Holdingstrukturen sind auszuschließen.
- 38 6. Nachversteuerung bei Veräußerung:

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

Die SPD setzt sich für eine grundlegende Reform der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschaftsteuerrecht ein. Ziel ist es, Missbrauchsmöglichkeiten zu schließen, Steuergerechtigkeit herzustellen und die Belastung gerechter zwischen großen Unternehmensvermögen und normalen Erb:innen zu verteilen.

Die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion sowie in den entsprechenden Gremien werden aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen

1. Prüfung des Gesamtvermögens: Bei der Bedarfsprüfung ist nicht nur das Vermögen der erbenden Person, sondern das gesamte Familienvermögen (Ehepartner, Kinder, enge Verwandte) einzubeziehen.
2. Strenge Offenlegungspflichten: Einführung umfassender Transparenz über in- und ausländisches Vermögen; bei unvollständigen oder falschen Angaben greifen Sanktionen.
3. Klare Härtefalldefinition: Steuererlass nur bei nachweisbarer Gefahr der Insolvenz oder Zerschlagung des Unternehmens.
4. Mindestbesteuerung: Einführung einer verpflichtenden Mindeststeuer, um vollständige Steuerfreiheit auszuschließen.
5. Unterscheidung nach Unternehmensgröße: Die Bedarfsprüfung soll ausschließlich für kleine und mittlere Betriebe gelten; Großkonzerne und Holdingstrukturen sind auszuschließen.
6. Nachversteuerung bei Veräußerung: Bei Verkauf oder Zerschlagung des

39 Bei Verkauf oder Zerschlagung des  
40 Betriebs innerhalb von zehn Jahren  
41 nach Erbschaft oder Schenkung ist die  
42 erlassene Steuer nachzuzahlen.  
43 7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung  
44 der Regelung alle fünf Jahre durch Bun-  
45 destag und Finanzausschuss.

46

#### 47 **Begründung**

48 Die Verschonungsbedarfsprüfung wurde als  
49 Härtefallregelung eingeführt, um Familien-  
50 unternehmen im Erbfall vor dem Zwangs-  
51 verkauf zu schützen. In der Praxis zeigt sich  
52 jedoch, dass diese Regelung in erheblichem  
53 Umfang missbraucht wird:

- 54 • Wohlhabende Erb:innen können sich  
55 „arm rechnen“, indem sie ihr Privat-  
56 vermögen verschieben oder Unterneh-  
57 menswerte künstlich aufblähen.
- 58 • Große Unternehmensgruppen nutzen  
59 Holding-Konstruktionen, um Vermö-  
60 genswerte als Betriebsvermögen zu  
61 deklarieren.
- 62 • Der Staat verzichtet dadurch auf erheb-  
63 liche Steuereinnahmen, während klei-  
64 ne Erb:innen ohne Betriebsvermögen  
65 keine vergleichbaren Erleichterungen  
66 erhalten.

67 Das führt zu einer **ungleichen und unge-**  
68 **rechten** Steuerpraxis, die Vermögenskonzen-  
69 tration verstärkt und das Vertrauen in die  
70 Steuergerechtigkeit schwächt. Ausgerechnet  
71 die größten Unternehmensvermögen profi-  
72 tieren, während Normalbürger:innen die vol-  
73 le Steuerlast tragen.

74 Die SPD steht für Steuergerechtigkeit und so-  
75 zialen Zusammenhalt. Mit den vorgeschal-  
76 genen Reformen wird die Verschonungsbe-  
77 darfsprüfung wieder auf ihren ursprüngli-  
78 chen Zweck zurückgeführt: den Schutz echter  
79 Familienbetriebe in Härtefällen. Missbrauch  
80 durch aggressive Steuervermeidung wird ver-  
81 hindert, die Gleichbehandlung aller Erb:in-  
82 nen gestärkt und die Finanzierung des Ge-  
83 meinwesens gesichert.

Betriebs innerhalb von zehn Jahren  
nach Erbschaft oder Schenkung ist die  
erlassene Steuer nachzuzahlen.

7. Regelmäßige Evaluation: Überprüfung  
der Regelung alle fünf Jahre durch Bun-  
destag und Finanzausschuss.

**L10****Abt. 12 Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Landespräventionsgesetz verwirklichen**

- 1 Die Vertreter:innen der SPD im Senat und
- 2 im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
- 3 sich für eine zeitnahe Verabschiedung des an-
- 4 gekündigten Landespräventionsgesetzes ein-
- 5 zusetzen.
- 6 Das Landespräventionsgesetz soll insbeson-
- 7 dere folgende Punkte beinhalten:
- 8
- 9     • Die gemeinsame Präventionsarbeit ge-
- 10   gen häusliche Gewalt, Gewalt auf Stra-
- 11   ßen, Plätzen, in Parks, öffentlichen Nah-
- 12   verkehr sowie gegen Gewalt im Inter-
- 13   net ist sicherzustellen.
- 14   • Die Angebote zur Suchtprävention, ins-
- 15   besondere Beratungs- und Selbsthilfe-
- 16   angebote, Substitution und aufsuchen-
- 17   de Sozialarbeit, sind auszubauen und
- 18   zu stärken.
- 19   • Öffentliche Räume sollen entlastet
- 20   werden, indem Drogenkonsumräume
- 21   und Spritzenprogramme ausgebaut so-
- 22   wie sichere Spritzenabwurfstellen und
- 23   geschützte Orte für die Trinkerszene
- 24   geschaffen werden.
- 25   • Bezirkspräventionsräte und das Landes-
- 26   konzept „Berlin gegen Gewalt“ sind mit
- 27   ausreichenden finanziellen und perso-
- 28   nellen Mitteln auszustatten. Kiezori-
- 29   entierte Maßnahmen zur gewaltfrei-
- 30   en Konfliktlösung und Stärkung des Si-
- 31   cherheitsempfindens vor Ort sind zu
- 32   fördern.
- 33   • Bei Neu- und Umgestaltung öf-
- 34   fentlicher Plätze, Grünanlagen und
- 35   Bahnhofseingängen sind dunkle Ecken
- 36   und Angsträume zu vermeiden oder
- 37   zu beseitigen; städtebauliche Kri-
- 38   minalprävention und feministische

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

Die Vertreter:innen der SPD im Senat und im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich für eine zeitnahe Verabschiedung des angekündigten Landespräventionsgesetzes einzusetzen.

Das Landespräventionsgesetz soll insbesondere folgende Punkte beinhalten:

- Die gemeinsame Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt, Gewalt auf Straßen, Plätzen, in Parks, öffentlichen Nahverkehr sowie gegen Gewalt im Internet ist sicherzustellen.
- Die Angebote zur Suchtprävention, insbesondere Beratungs- und Selbsthilfeangebote, Substitution und aufsuchende Sozialarbeit, sind auszubauen und zu stärken.
- Öffentliche Räume sollen entlastet werden, indem Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme ausgebaut sowie sichere Spritzenabwurfstellen und geschützte Orte für die Trinkerszene geschaffen werden.
- Bezirkspräventionsräte und das Landeskonzzept „Berlin gegen Gewalt“ sind mit ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln auszustatten. Kiezorientierte Maßnahmen zur gewaltfreien Konfliktlösung und Stärkung des Sicherheitsempfindens vor Ort sind zu fördern.
- Bei Neu- und Umgestaltung öffentlicher Plätze, Grünanlagen und Bahnhofseingängen sind dunkle Ecken und Angsträume zu vermeiden oder zu beseitigen; städtebauliche Kriminalprävention und feministische Stadtplanung sind von Anfang an zu

39       Stadtplanung sind von Anfang an zu  
40       berücksichtigen.  
41       • Die Bekämpfung der Jugendkriminali-  
42       tät bleibt Schwerpunkt; Präventions-  
43       programme sind fortzusetzen und aus-  
44       zubauen, zusätzliche Freizeit- und Fort-  
45       bildungsangebote für Jugendliche zu  
46       schaffen.  
47       • Der Schutz und die Teilhabe der Men-  
48       schen in ihrer Vielfalt sind besonders zu  
49       fördern. Die Unterstützung von Betrof-  
50       fenen und Opfern gruppenbezogener  
51       Hassgewalt und extremistischer Ge-  
52       walt, insbesondere im digitalen Raum,  
53       ist zu verstärken.  
54       • Präventionsangebote müssen für alle  
55       verständlich und zugänglich sein, etwa  
56       durch Dolmetscher:innen und Materia-  
57       lien in einfacher Sprache.

58

### 59 **Begründung**

60 Prävention ist sozialdemokratische Gesell-  
61 schaftspolitik und trägt maßgeblich zur Si-  
62 cherheit und Lebensqualität in Berlin bei. Die  
63 Vielschichtigkeit von Gewalt-, Sucht- und Dis-  
64 kriminierungslagen erfordert einen systemi-  
65 schen, ressortübergreifenden Ansatz, der un-  
66 terschiedlichste Lebensrealitäten einbezieht.  
67 Ein Landespräventionsgesetz ermöglicht es,  
68 vorhandene Strukturen zu stärken und neue  
69 Angebote gezielt zu schaffen, mit besonderem  
70 Fokus auf gefährdete Zielgruppen und auf die  
71 Sicherheit öffentlicher Räume.

72 Präventionsarbeit ist eine gesamtgesell-  
73 schaftliche Querschnittsaufgabe, die sowohl  
74 die Hilfesysteme als auch die urbane Infra-  
75 struktur adressiert. Um Berlins Vielfalt und  
76 die Teilhabe aller Bürger:innen zu sichern,  
77 müssen Angebote barrierearm und auch für  
78 marginalisierte Gruppen verständlich und  
79 erreichbar sein. Eine wirksame Präventions-  
80 politik ist Ausdruck sozialer Verantwortung  
81 und unterstützt den gesellschaftlichen  
82 Frieden in unserer wachsenden, diversen  
83 Stadt.

berücksichtigen.

- Die Bekämpfung der Jugendkriminali-  
tät bleibt Schwerpunkt; Präventions-  
programme sind fortzusetzen und aus-  
zubauen, zusätzliche Freizeit- und Fort-  
bildungsangebote für Jugendliche zu  
schaffen.
- Der Schutz und die Teilhabe der Men-  
schen in ihrer Vielfalt sind besonders zu  
fördern. Die Unterstützung von Betrof-  
fenen und Opfern gruppenbezogener  
Hassgewalt und extremistischer Ge-  
walt, insbesondere im digitalen Raum,  
ist zu verstärken.
- Präventionsangebote müssen für alle  
verständlich und zugänglich sein, etwa  
durch Dolmetscher:innen und Materia-  
lien in einfacher Sprache.

**L11**

**AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit**

**Die KDV möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Clearingstelle stärken: Zugang zu medizinischer Versorgung für alle**

- 1 In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Seit 2018 unterstützt eine Clearingstelle Betroffene mit Beratung und Kostenübernahmen für notwendige Behandlungen. Doch die Finanzierung bleibt unsicher und strukturelle Hürden erschweren die Unterstützung. Daher fordern wir die SPD-Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und den Senat auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:
- 12
- 13     1. Die Clearingstelle in Berlin wird verstetigt und somit dauerhaft gesichert ausfinanziert.
- 14     2. Mit den Berliner Sozialämtern und den Berliner Krankenhäusern werden verbindliche Vereinbarungen zur Refinanzierung von Notfallbehandlungen für nicht krankenversicherte Personen geschlossen.
- 15     3. Bürokratische Hürden und Kompetenzersplitterungen in den Behörden werden abgebaut und Anträge wie vorläufige Leistungsgewährungen im Krankheitsfall schneller bearbeitet.
- 16     4. Es wird geprüft, ob eine elektronische Gesundheitskarte oder eine Berlin City ID Card die aktuell gedeckelten Einzelfall-Behandlungsscheine ersetzen können.
- 32

### **Begründung**

Trotz bestehender Versicherungspflicht leben in Berlin sehr viele Menschen, die keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. Dazu gehören

**Empfehlung der Antragskommission  
Annahme (Konsens)**

In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Seit 2018 unterstützt eine Clearingstelle Betroffene mit Beratung und Kostenübernahmen für notwendige Behandlungen. Doch die Finanzierung bleibt unsicher und strukturelle Hürden erschweren die Unterstützung. Daher fordern wir die SPD-Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und den Senat auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Die Clearingstelle in Berlin wird verstetigt und somit dauerhaft gesichert ausfinanziert.
2. Mit den Berliner Sozialämtern und den Berliner Krankenhäusern werden verbindliche Vereinbarungen zur Refinanzierung von Notfallbehandlungen für nicht krankenversicherte Personen geschlossen.
3. Bürokratische Hürden und Kompetenzersplitterungen in den Behörden werden abgebaut und Anträge wie vorläufige Leistungsgewährungen im Krankheitsfall schneller bearbeitet.
4. Es wird geprüft, ob eine elektronische Gesundheitskarte oder eine Berlin City ID Card die aktuell gedeckelten Einzelfall-Behandlungsscheine ersetzen können.

38 Wohnungslose, EU-Bürger\*innen ohne gesi-  
39 cherten Anspruch, Menschen mit prekärem  
40 Aufenthaltsstatus oder Personen, die durch  
41 Beitragsrückstände aus der Krankenversiche-  
42 rung herausgefallen sind. Sie müssen im me-  
43 dizinischen Notfall zwar behandelt werden,  
44 aber die Krankenhäuser bleiben häufig min-  
45 destens vorerst auf den angefallenen Kosten  
46 sitzen, da es keine verbindlichen Vereinba-  
47 rungen zur Refinanzierung gibt.  
48 Zwar versucht die Clearingstelle seit 2018  
49 mit ihrem Angebot einen Teil der vorhande-  
50 nen Lücken, ist aber durch ihren Projektcha-  
51 rakter in ihrer Finanzierung nicht dauerhaft  
52 gesichert. Durch die aktuelle Praxis kommt  
53 es regelmäßig zu Verzögerungen, die dem  
54 Grundrecht auf Leben und körperliche Unver-  
55 sehrtheit widersprechen. Krankenhäuser se-  
56 hen sich gezwungen, aufwändig mit verschie-  
57 denen Sozialämtern zu verhandeln, während  
58 Patient\*innen dringend auf Hilfe angewiesen  
59 sind. Dadurch wird das gesamte System be-  
60 lastet und ein diskriminierungsfreier Zugang  
61 zu medizinischer Behandlung verhindert.  
62 Die Clearingstelle braucht eine stabile Finan-  
63 zierung, um ihre Arbeit langfristig fortzufüh-  
64 ren. Verbindliche Vereinbarungen zwischen  
65 Sozialämtern und Krankenhäusern schaffen  
66 Planungssicherheit und sorgen dafür, dass  
67 Notfallbehandlungen zügig refinanziert wer-  
68 den. Gleichzeitig müssen Verwaltungsverfah-  
69 ren vereinfacht werden, damit Leistungen  
70 schneller gewährt werden können. Langfris-  
71 tig ist zu prüfen, ob moderne Lösungen wie  
72 eine elektronische Gesundheitskarte oder ei-  
73 ne Berlin City ID Card die bisherigen Behand-  
74 lungsscheine ersetzen und damit den Zugang  
75 zur Versorgung erleichtern können. Als SPD  
76 müssen wir uns dafür einsetzen, dass Ge-  
77 sundheit nicht vom Versicherungsstatus ab-  
78 hängt. Nur so stellen wir sicher, dass alle Men-  
79 schen in Berlin im Krankheitsfall die notwen-  
80 dige Versorgung erhalten.

**L12****AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Koalitionsvertrag in Leichter Sprache**

1 Demokratie lebt davon, dass möglichst viele  
2 Menschen nachvollziehen können, worüber  
3 politisch entschieden wird und welche Zie-  
4 le eine Regierung verfolgt. Damit das ge-  
5 lingt, müssen zentrale politische Texte nicht  
6 nur veröffentlicht, sondern auch für alle ver-  
7 ständlich sein. Wir fordern die SPD Berlin da-  
8 her auf, folgende Maßnahme umzusetzen:  
9 Der Koalitionsvertrag 2026 bis 2031 des Lan-  
10 des Berlin wird in Leichter Sprache veröff-  
11 licht.

12

**Begründung**

14 Der Koalitionsvertrag ist die Grundlage für  
15 die politischen Leitlinien und Vorhaben der  
16 nächsten fünf Jahre. Damit sich alle Berli-  
17 ner\*innen ein Bild davon machen können,  
18 braucht es eine niedrigschwellige Darstel-  
19 lung. Dabei ist die Fachsprache für viele eine  
20 Hürde. Das gilt sowohl für behinderte Men-  
21 schen als auch für Personen mit Lernschwie-  
22 rigkeiten, Menschen mit Deutsch als Zweit-  
23 sprache oder für diejenigen, die im Alltag we-  
24 nig mit politischer Ausdrucksweise zu tun ha-  
25 ben. Im Sinne der Demokratieförderung ist es  
26 daher geboten, den Koalitionsvertrag zusätz-  
27 lich in Leichter Sprache bereitzustellen.

**L13****AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Wahlprogramm in Leichter Sprache**

1 Demokratie lebt davon, dass möglichst viele  
2 Menschen nachvollziehen können, worüber  
3 politisch entschieden wird und welche Zie-  
4 le eine Regierung verfolgt. Damit das ge-  
5 lingt, müssen zentrale politische Texte nicht  
6 nur veröffentlicht, sondern auch für alle ver-  
7 ständlich sein. Wir fordern die SPD Berlin da-  
8 her auf, folgende Maßnahme umzusetzen:  
9 Das Wahlprogramm der SPD zur Abgeordne-  
10 tenhauswahl 2026 wird in Leichter Sprache  
11 veröffentlicht.

12

**Begründung**

14 Das Wahlprogramm bildet die inhaltliche  
15 Grundlage für die Positionen der SPD im  
16 Wahlkampf und zeigt den Bürger\*innen, mit  
17 welchen Zielen sie antritt.  
18 Damit sich alle Berliner\*innen ein Bild da-  
19 von machen können, braucht es eine nied-  
20 rigschwellige Darstellung. Dabei ist die Fach-  
21 sprache für viele eine Hürde. Das gilt sowohl  
22 für behinderte Menschen als auch für Perso-  
23 nen mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit  
24 Deutsch als Zweitsprache oder für diejenigen,  
25 die im Alltag wenig mit politischer Fachspra-  
26 che zu tun haben. Im Sinne der Demokratie-  
27 förderung ist es daher geboten, das Wahlpro-  
28 gramm zusätzlich in Leichter Sprache bereit-  
29 zustellen.

**L14****Abteilung 06 - Moabit-Nord****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Verlagerung, Erweiterung und Neugestaltung der Bruno-Lösche-Bibliothek in Moabit**

1 dass die Bruno-Lösche-Bibliothek, derzeit  
 2 untergebracht in der Perleberger Straße  
 3 33, bis zur Realisierung des landeseigenen  
 4 Neubaus in der Turmstraße in neu  
 5 anzumietende Räumlichkeiten im Neubau-  
 6 Geschäftshaus Stromstraße Ecke Turmstraße  
 7 (gegenüber dem Schultheiss-Quartier)  
 8 verlegt wird, sofern der Eigentümer der  
 9 aktuellen Räumlichkeiten keine Renovierung  
 10 und Erweiterung anbieten kann. Hilfsweise  
 11 – und um eine Option für die Mietvertrags-  
 12 verhandlungen zu haben – könnten auch  
 13 leerstehende Flächen im Gebäudekomplex  
 14 des Schultheiss-Quartiers für die Bruno-  
 15 Lösche-Bibliothek angemeldet werden. Hier  
 16 kann die Bibliothek erweitert und an aktuelle  
 17 tuelle Nutzendenzahlen und -bedürfnisse  
 18 angepasst werden.

19

**Begründung**

21 Die Bruno-Lösche-Bibliothek ist im aktuellen  
 22 Standort in stark renovierungsbedürftigen  
 23 Räumen untergebracht und in ihrem Fortbe-  
 24 stand gefährdet. Der Eigentümer der derzei-  
 25 tig von der Bibliothek genutzten Flächen ver-  
 26 folgt mit dem Gesamtkomplex in der Perle-  
 27 berger Straße Ecke Havelberger Straße neue  
 28 Pläne. Außerdem muss die Bibliothek für heu-  
 29 tige Nutzungsbedürfnisse erweitert und ver-  
 30 ändert werden. Ein adäquater Neubau auf  
 31 landeseigenen Grundstücken an der Turm-  
 32 straße 22/23 verzögert sich mit dem Bau-  
 33 start aus Gründen der Lage des Berliner Lan-  
 34 deshaushaltes bis mindestens 2028. Vor 2032  
 35 wird kein Neubau dort bezogen werden kön-  
 36 nen, davon muss man leider ausgehen.  
 37 Die Unternehmensgruppe Leopold Stiefel  
 38 plant, an der Turmstraße Ecke Stromstraße

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

dass die Bruno-Lösche-Bibliothek, derzeit  
 untergebracht in der Perleberger Straße  
 33, bis zur Realisierung des landeseigenen  
 Neubaus in der Turmstraße in neu  
 anzumietende Räumlichkeiten im Neubau-  
 Geschäftshaus Stromstraße Ecke Turmstraße  
 (gegenüber dem Schultheiss-Quartier)  
 verlegt wird, sofern der Eigentümer der  
 aktuellen Räumlichkeiten keine Renovierung  
 und Erweiterung anbieten kann. Hilfsweise  
 – und um eine Option für die Mietvertrags-  
 verhandlungen zu haben – könnten auch  
 leerstehende Flächen im Gebäudekomplex  
 des Schultheiss-Quartiers für die Bruno-  
 Lösche-Bibliothek angemeldet werden. Hier  
 kann die Bibliothek erweitert und an aktuelle  
 tuelle Nutzendenzahlen und -bedürfnisse  
 angepasst werden.

39 einen Komplex mit Wohn- und Geschäfts-  
40 häusern zu bauen. Flächen für Einzelhandel,  
41 Büros und 120 Wohnungen sollen dabei  
42 entstehen. Der Entwurf des Stuttgarter Büros  
43 Steimle Architekten sieht im Erdgeschoss  
44 und teilweise auch im ersten Obergeschoss  
45 Einzelhandelsflächen vor. In den beiden  
46 darüber liegenden Etagen sollen Arztpraxen  
47 und Büros eingerichtet werden. Die Bruttoge-  
48 schossfläche für diese gewerbliche Nutzung  
49 soll knapp 8.000 Quadratmeter umfassen.  
50 Auf weiteren, rund 12.000 Quadratmetern  
51 Bruttogeschossfläche sollen 120 Wohnungen  
52 entstehen.

53 Für die Bruno-Lösche-Bibliothek bestehen  
54 hier bei einer Anmietung gute Vorausset-  
55 zungen. Es könnte für einen Zeitraum von  
56 8– 10 Jahren ein sehr gutes, im Zentrum  
57 von Moabit gelegenes, modernes Biblio-  
58 theksangebot bereitgestellt werden. Mit  
59 einer Steigerung der Nutzendenzahlen an  
60 diesem Standort ist zu rechnen. Außer-  
61 dem wird Leerstand in den Einzelhandels-  
62 und Gewerbeflächen des Neubaus Strom-  
63 straße Ecke Turmstraße vermieden. Auch  
64 im Schultheiss-Quartier der HGHI Berlin  
65 gegenüber stehen viele Gewerbe- und Einzel-  
66 handelsflächen leer, das Center wurde zuletzt  
67 auf im Wesentlichen nur noch eine Etage  
68 verkleinert. Denkbar wäre deshalb auch, die  
69 Bibliothek im Schultheiss-Quartier in neu  
70 herzurichtende Flächen einzumieten. Dies  
71 ist auch aus Wettbewerbsgesichtspunkten  
72 (Mietverhandlungen mit kommerziellen  
73 Immobilieneigentümern) sinnvoll weiter in  
74 Betracht zu ziehen.

75 Abschließend sei noch klar hervorgehoben,  
76 dass diese Lösung einen Übergang und  
77 eine zeitnahe Qualitätsverbesserung für die  
78 Bruno-Lösche-Bibliothek ermöglichen soll,  
79 keinesfalls soll damit auf den geplanten  
80 Neubau an der Turmstraße 22/23 verzichtet  
81 werden.

---

**L15****Abt. 02 - Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Keine Überwachung durch Palantir – Grundrechte schützen, demokratische Kontrolle stärken**

- 1 Die SPD lehnt den Einsatz von Softwarelösungen des Unternehmens Palantir Technologies
- 2 bei Sicherheits- und Polizeibehörden in Berlin,
- 3 auf Bundesebene sowie in allen anderen Bundesländern ab.
- 4
- 5
- 6 Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert,
- 7 sich in der Bundesregierung für einen sofortigen Ausstieg aus bestehenden Projekten
- 8 mit Palantir einzusetzen und den Abschluss
- 9 neuer Verträge zu verhindern.
- 10
- 11
- 12 Die SPD setzt sich für eine gesetzliche
- 13 Klarstellung ein, dass sicherheitsrelevante
- 14 IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand oder
- 15 bei vertrauenswürdigen, europäischen
- 16 Anbietern liegen muss, die den strengen
- 17 Datenschutz- und Grundrechtsstandards der
- 18 EU unterliegen.
- 19 Statt auf intransparente privatwirtschaftliche Anbieter zu setzen, sollen Polizei- und Sicherheitsbehörden in Berlin, im Bund und in
- 20 den Ländern in den Aufbau eigener, staatlich
- 21 kontrollierter und quelloffener IT-Lösungen
- 22 investieren.
- 23
- 24
- 25
- 26 **Begründung**
- 27 Der Einsatz von Software des US-
- 28 Unternehmens Palantir im Bereich der
- 29 polizeilichen Datenanalyse ist mit erheblichen Risiken für Datenschutz, informationelle Selbstbestimmung und demokratische
- 30 Kontrolle verbunden. Palantir hat seinen
- 31 Sitz in den USA und unterliegt damit dem
- 32 US-amerikanischen Recht, einschließlich des
- 33 Cloud Act, der US-Behörden weitreichende
- 34 Zugriffe auf gespeicherte Daten ermöglicht
- 35 – auch wenn diese auf Servern in der EU

38 liegen. Damit besteht die reale Gefahr, dass  
39 hochsensible personenbezogene Daten aus  
40 polizeilichen Ermittlungen in den Zugriff  
41 ausländischer Behörden geraten.  
42 Darüber hinaus ist die Arbeitsweise der  
43 Palantir-Software intransparent. Die Algo-  
44 rithmen, die zur Analyse und Verknüpfung  
45 großer Datenmengen eingesetzt werden,  
46 sind proprietär und nicht öffentlich überprüf-  
47 bar. Das widerspricht dem Grundsatz, dass  
48 staatliche Eingriffe in Grundrechte demo-  
49 kratisch kontrollierbar und für Bürger\*innen  
50 nachvollziehbar sein müssen. Eine „Black  
51 Box“-Technologie, deren Funktionsweise  
52 weder Parlamenten noch unabhängigen Da-  
53 tenschutzbehörden vollständig offengelegt  
54 wird, hat im sensiblen Bereich der inneren  
55 Sicherheit nichts zu suchen.  
56 Die SPD steht für den Schutz der Grund-  
57 rechte und für eine Sicherheitspolitik, die auf  
58 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Vertrau-  
59 en setzt. Der Einsatz von Palantir konterka-  
60 riert diese Prinzipien. Statt milliardenschwe-  
61 re Aufträge an private Überwachungskonzer-  
62 ne mit engen Verbindungen zu Peter Thiel zu  
63 vergeben, müssen öffentliche Gelder in die  
64 Entwicklung eigener, sicherer und quelloffe-  
65 ner Systeme investiert werden, die europäi-  
66 sche Datenschutzstandards erfüllen und un-  
67 ter voller demokratischer Kontrolle stehen.  
68 Nur so kann gewährleistet werden, dass Si-  
69 cherheit nicht auf Kosten der Freiheit erkauft  
70 wird und die digitale Souveränität unseres  
71 Landes gestärkt wird. Die SPD sagt klar: Keine  
72 Überwachung durch Palantir – weder in Ber-  
73 lin, noch bundesweit.

**L16****Abt. 02 - Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:**

**„Für offene Grenzen: Rücknahme der stationären Grenzkontrollen – für ein solidarisches, vereintes Europa“**

1 1. Die SPD fordert die sofortige Beendigung al-  
 2 ler stationären Grenzkontrollen an den deut-  
 3 schen Landgrenzen, die über die gesetzlich  
 4 zulässigen und europarechtlich engen Aus-  
 5 nahmen hinausgehen.  
 6 2. Der Bundesvorstand und die SPD-  
 7 Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in  
 8 der Bundesregierung darauf hinzuwirken,  
 9 dass die Bundesrepublik Deutschland keine  
 10 Politik der dauerhaften Binnengrenzkontrol-  
 11 len betreibt und sich in der EU aktiv gegen  
 12 jede Verstetigung solcher Maßnahmen  
 13 einsetzt.  
 14 3. Die SPD lehnt es entschieden ab, euro-  
 15 päische Grundfreiheiten und das Schengen-  
 16 Abkommen aus innenpolitischem Kalkül oder  
 17 symbolpolitischen Gründen zu unterlaufen.  
 18 4. Statt nationaler Abschottung muss die SPD  
 19 auf eine vollständige und solidarische Umset-  
 20 zung des Gemeinsamen Europäischen Asyl-  
 21 systems, den Schutz der Außengrenzen im  
 22 Rahmen gemeinsamer Verantwortung und  
 23 eine faire Verteilung Schutzsuchender in der  
 24 EU drängen  
 25

### **26 Begründung**

27 Die aktuellen stationären Grenzkontrollen an  
 28 deutschen Landgrenzen sind politisch kurz-  
 29 sichtig, europarechtlich zweifelhaft und scha-  
 30 den dem Zusammenhalt in der Europäi-  
 31 schen Union. Sie untergraben das Schengen-  
 32 System, dessen offener Grenzverkehr nicht  
 33 nur ein wirtschaftlicher Vorteil, sondern ein  
 34 zentrales politisches Versprechen Europas ist.  
 35 Dauerhafte Binnengrenzkontrollen sind kein  
 36 geeignetes Mittel, um Migration zu steuern  
 37 oder Sicherheit zu erhöhen – sie sind Sym-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Kein Konsens)**

1. Die SPD fordert die sofortige Beendigung al-  
 2 ler stationären Grenzkontrollen an den deut-  
 3 schen Landgrenzen, die über die gesetzlich  
 4 zulässigen und europarechtlich engen Aus-  
 5 nahmen hinausgehen.  
 2. Der Bundesvorstand und die SPD-  
 3 Bundestagsfraktion werden aufgefordert, in  
 4 der Bundesregierung darauf hinzuwirken,  
 5 dass die Bundesrepublik Deutschland keine  
 6 Politik der dauerhaften Binnengrenzkontrol-  
 7 len betreibt und sich in der EU aktiv gegen  
 8 jede Verstetigung solcher Maßnahmen  
 9 einsetzt.  
 10 3. Die SPD lehnt es entschieden ab, euro-  
 11 päische Grundfreiheiten und das Schengen-  
 12 Abkommen aus innenpolitischem Kalkül oder  
 13 symbolpolitischen Gründen zu unterlaufen.  
 14 4. Statt nationaler Abschottung muss die SPD  
 15 auf eine vollständige und solidarische Umset-  
 16 zung des Gemeinsamen Europäischen Asyl-  
 17 systems, den Schutz der Außengrenzen im  
 18 Rahmen gemeinsamer Verantwortung und  
 19 eine faire Verteilung Schutzsuchender in der  
 20 EU drängen

38 bolpolitik, die Misstrauen zwischen Mitglied-  
39 staaten sät, wirtschaftliche Schäden verur-  
40 sacht und das Risiko diskriminierender Kon-  
41 trollen erhöht.

42

43 Das europäische Recht erlaubt solche Kon-  
44 trollen nur in klar begründeten Ausnahmefäl-  
45 len und für begrenzte Zeit. Die derzeitige Pra-  
46 xis stellt faktisch eine Aushöhlung dieser Re-  
47 gel dar und läuft der Idee eines grenzenlosen  
48 Europas zuwider. Wer Europa ernst nimmt,  
49 muss auf gemeinsame Lösungen setzen: soli-  
50 darische Aufnahme, rechtsstaatliche Verfah-  
51 ren, Schutz der Außengrenzen und eine faire  
52 Verteilung in der EU.

53

54 Die SPD darf sich nicht an einer Politik beteili-  
55 gen, die europäische Errungenschaften preis-  
56 gibt, um innenpolitischen Druck zu entschär-  
57 fen. Wir stehen für ein Europa, das offen, so-  
58 lidarisch und handlungsfähig ist – und nicht  
59 für einen Flickenteppich aus Schlagbäumen  
60 und Stacheldraht. Offene Grenzen sind ein  
61 Kernstück unserer Freiheit. Sie zu verteidigen,  
62 ist nicht nur europäische Pflicht, sondern so-  
63 zialdemokratisches Selbstverständnis.

64

**L17****Abt. 16 - Grünes Dreieck****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Wozu machen wir den Scheiss eigentlich? - Verbindliche Umsetzung und Nachverfolgung von Beschlüssen**

1 Wir fordern die SPD-Bezirksverordneten, die  
 2 Mitglieder der SPD-Fraktion des Abgeord-  
 3 netenhäuses und die Mitglieder der SPD-  
 4 Bundestagsfraktion auf, sich für eine konse-  
 5 quentere Umsetzung der Beschlusslage der  
 6 SPD einzusetzen.

7

8 Das umfasst vor allem:

9

10 1. Verantwortlichkeit: Für jeden an-  
 11 genommenen Antrag benennt die  
 12 zuständige Fraktion eine verantwor-  
 13 tliche Mandatsträgerin oder einen  
 14 verantwortlichen Mandatsträger für  
 15 die Umsetzung. Dies gilt auch bei  
 16 Verweisung eines Antrags in andere  
 17 Gremien.

18 2. Berichtspflicht: Die verantwortliche  
 19 Person legt spätestens innerhalb von  
 20 zwölf Monaten nach Beschlussfassung  
 21 (Erledigungsfrist) dar, wie der Beschluss  
 22 zum Gegenstand der parlamentari-  
 23 schen Arbeit gemacht wurde.

24 3. Dokumentation im Antragstool: Die Er-  
 25 ledigungsfrist als auch die Rückmel-  
 26 dung durch den oder die Verantwor-  
 27 liche ist im Antragstool der jeweiligen  
 28 Ebene zu dokumentieren. Erfolgt kei-  
 29 ne Rückmeldung innerhalb der Frist, ist  
 30 dies im Antragstool entsprechend zu  
 31 kennzeichnen.

32 4. Fristverlängerung mit Begründung:  
 33 Konnte der Beschluss innerhalb der  
 34 Frist (noch) nicht umgesetzt werden,  
 35 begründet der oder die Verantwor-  
 36 liche dies im Antragstool und setzt

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern die SPD-Bezirksverordneten, die Mitglieder der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die Europaabgeordnete auf, sich für eine konsequenteren Umsetzung der Beschlusslage der SPD einzusetzen.

Das umfasst vor allem:

1. Verantwortlichkeit: Für jeden angenommenen Antrag benennt die zuständige Fraktion eine verantwortliche Mandatsträgerin oder einen verantwortlichen Mandatsträger für die Umsetzung. Dies gilt auch bei Verweisung eines Antrags in andere Gremien.

2. Berichtspflicht: Die verantwortliche Person legt spätestens innerhalb von zwölf Monaten nach Beschlussfassung (Erledigungsfrist) dar, wie der Beschluss zum Gegenstand der parlamentarischen Arbeit gemacht wurde.

3. Dokumentation im Antragstool: Die Erledigungsfrist als auch die Rückmeldung durch den oder die Verantwortliche ist im Antragstool der jeweiligen Ebene zu dokumentieren. Erfolgt keine Rückmeldung innerhalb der Frist, ist dies im Antragstool entsprechend zu kennzeichnen.

4. Fristverlängerung mit Begründung: Konnte der Beschluss innerhalb der Frist (noch) nicht umgesetzt werden, begründet der oder die Verantwortliche dies im Antragstool und setzt eine neue, letzte Frist von längstens 12

37        eine neue, letzte Frist von längstens 12  
38        Monaten.  
39        5. Die Formulierung „Erledigt durch Über-  
40        nahme im Parteiprogramm“ gilt nicht  
41        als zufriedenstellende Reaktion auf den  
42        Beschluss.

43

#### 44 **Begründung**

45 Die Erarbeitung und Beschlussfassung von  
46 Anträgen ist Kern der innerparteilichen Wil-  
47 lensbildung. Viele Mitglieder sind jedoch  
48 frustriert, weil beschlossene Anträge nicht  
49 oder nur verzögert umgesetzt werden und  
50 der Stand der Dinge intransparent bleibt. Kla-  
51 re Verantwortlichkeiten, feste Fisten und ei-  
52 ne verbindliche Dokumentation im Antrags-  
53 tool schaffen Transparenz, erhöhen die Ver-  
54 bindlichkeit unserer Beschlüsse und stärken  
55 die parlamentarische Umsetzung.

Monaten.

5. Die Formulierung „Erledigt durch Über-  
nahme im Parteiprogramm“ gilt nicht  
als zufriedenstellende Reaktion auf den  
Beschluss.

**L18**

**Abt. 1 -Rosenthaler Vorstadt**

**Die KDV möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Einführung einer progressiven Leerstandssteuer**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-  
2 nats von Berlin und des Berliner Abgeord-  
3 netenhäuses werden aufgefordert, eine ge-  
4 setzliche Regelung für eine progressive Leer-  
5 standssteuer zu erarbeiten und umzusetzen,  
6 die auf Wohnimmobilien erhoben wird, wenn  
7 diese länger leerstehen.  
8 Ziel ist es, Eigentümer dazu zu bewegen,  
9 leerstehenden Wohnraum wieder dem Miet-  
10 markt zuzuführen und so das Wohnungsan-  
11 gebot zu erhöhen.

12

**Begründung**

14 Trotz großen Platzangebots in Berlin schießen  
15 die Mieten in die Höhe, da die Wohnungs-  
16 nachfrage das Angebot bei weitem über-  
17 steigt. Zu diesem Ungleichgewicht trägt vor  
18 allem die unzureichende Nutzung verfügba-  
19 rer Flächen und leerstehender Immobilien  
20 bei.

21

22 Neben ungenutzten Grundstücken und Ge-  
23 werbeimmobilien gibt es in Berlin derzeit  
24 mehr als 40.000 leerstehende Wohnungen.  
25 Wenn es gelänge, diese Leerstände dem Miet-  
26 markt zuzuführen, würde dies sofort mehr  
27 Angebot bereitstellen und das Mietniveau  
28 senken.

29

30 Anstatt die Situation allein dem Markt zu  
31 überlassen (der das Problem nicht lösen  
32 wird, da leer stehende Wohnungen auf-  
33 grund steigender Immobilienpreise aus spe-  
34 kulativen Gründen gehalten werden) oder  
35 bei der momentanen Regulierung (Zweckent-  
36 fremdungsverbot) zu belassen, schlagen wir  
37 die progressive Leerstandssteuer vor.

38

39 Die progressive Leerstandssteuer setzt Immobileneigentümer unter finanziellen Druck,  
40 ihr Eigentum für den Wohnungsmarkt freizugeben, da sie mit einer immer höheren Steuer  
41 belastet werden, wenn sie sich entscheiden,  
42 ihr Eigentum dem Wohnungsmarkt vorzuenthalten.

46

47 Rechtlich lässt sich die progressive Leerstandssteuer auf Landesebene als Aufwandsteuer umsetzen (ähnlich wie die  
48 Zweitwohnungssteuer). Die Leerstandssteuer ergänzt die bestehende Gesetzgebung in  
51 Berlin und kann ein Baustein für eine bessere  
52 Wohnraumnutzbarmachung sein.

## Ini Initiativanträge

**Ini1**

**Susanne Fischer, Abt. 12 Mitzeichner: Maja Lasic,  
Abt. 9, Luca Tilly, Abt. 10. Mathias Schulz, Abt. 23**

**Die KDV möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Prävention stärken – soziale Infrastruktur sichern – Verstärkungsmittel erhalten!**

1 Die SPD fordert ihre Mitglieder im Abgeordnetenhaus, im Landesvorstand und im Senat dazu auf, sich entschieden dafür einzusetzen, 2 dass die Verstärkungsmittel für die Berliner 3 Bezirke in vollem Umfang erhalten bleiben. 4 Eine Streichung dieser Mittel würde zentrale 5 präventive und soziale Angebote der Bezirke 6 massiv gefährden, da sie eine wesentliche 7 Voraussetzung für die Finanzierung und Si- 8 cherung von präventiven Angeboten und so- 9 zialer Infrastruktur in den Bezirken darstellen.

10

11 Konkret gilt es:

- 12
- 13 • die im Haushalt 2026/27 vorgesehenen  
14 Mittel, insbesondere die etwa sechs  
15 Millionen Euro für die Parkläufer in den  
16 Berliner Parks, vollständig zu sichern  
17 und die Finanzierung dieser wichtigen  
18 Arbeitsbereiche nicht zu gefährden,
- 19 • die aufsuchende Sozialarbeit im Be-  
20 zirk Mitte, die wohnungslose und  
21 vulnerable Menschen im öffentlichen  
22 Raum unterstützt, nachhaltig und  
23 bedarfsgerecht auszustatten,
- 24 • die wichtige Arbeit von Initiativen wie  
25 „Fixpunkt“ im Bereich der Drogenprä-  
26 vention und Unterstützung suchtmitt-  
27 telgefährdeter Menschen zu gewähr-  
28 leisten und auch personell und finan-  
29 ziell zu stärken,
- 30 • alternative Finanzierungswege zu prü-  
31 fen und zu entwickeln, damit soziale  
32 und präventive Angebote in den Bezir-  
33 ken nicht länger von den freiwilligen  
34 Leistungen der Bezirke abhängig sind,
- 35 • weitere Kürzungen in der sozialen Infra-  
36 struktur und in präventiven Maßnah-  
37 men in den Bezirken zu verhindern, da

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

Die SPD fordert ihre Mitglieder im Abgeordnetenhaus, im Landesvorstand und im Senat dazu auf, sich entschieden dafür einzusetzen, dass die Verstärkungsmittel für die Berliner Bezirke in vollem Umfang erhalten bleiben. Eine Streichung dieser Mittel würde zentrale präventive und soziale Angebote der Bezirke massiv gefährden, da sie eine wesentliche Voraussetzung für die Finanzierung und Sicherung von präventiven Angeboten und sozialer Infrastruktur in den Bezirken darstellen. Konkret gilt es:

- die im Haushalt 2026/27 vorgesehenen Mittel, insbesondere die etwa sechs Millionen Euro für die Parkläufer in den Berliner Parks, vollständig zu sichern und die Finanzierung dieser wichtigen Arbeitsbereiche nicht zu gefährden,
- die aufsuchende Sozialarbeit im Bezirk Mitte, die wohnungslose und vulnerable Menschen im öffentlichen Raum unterstützt, nachhaltig und bedarfsgerecht auszustatten,
- die wichtige Arbeit von Initiativen wie „Fixpunkt“ im Bereich der Drogenprävention und Unterstützung suchtmittelgefährdeter Menschen zu gewährleisten und auch personell und finanziell zu stärken,
- alternative Finanzierungswege zu prüfen und zu entwickeln, damit soziale und präventive Angebote in den Bezirken nicht länger von den freiwilligen Leistungen der Bezirke abhängig sind,
- weitere Kürzungen in der sozialen Infrastruktur und in präventiven Maßnahmen in den Bezirken zu verhindern, da

38 men in den Bezirken zu verhindern, da  
 39 sie die Lebensqualität, Sicherheit und  
 40 Teilhabe in den Quartieren erheblich  
 41 beeinträchtigen würden.

42

43 Dazu gehört insbesondere:

- 44 • den vollständigen Erhalt der Verstärkungsmittel gegen drohende Kürzungen im Abgeordnetenhaus und Senat politisch durchzusetzen,
- 45 • durch die Mitglieder der SPD Mitte im Senat und im Landesvorstand sicherzustellen, dass alternative Konsolidierungsvorschläge erarbeitet werden, die nicht zu Lasten der Bezirke und deren Präventionsarbeit gehen,
- 46 • darauf hinzuwirken, dass finanzielle Mittel für soziale Stabilität, Prävention und Integration nicht unter dem Druck kurzfristiger Sparvorgaben geopfert werden.

59

## 60 **Begründung**

61 Die Bezirke tragen im Alltag die Hauptverantwortung für das Gelingen von Präventionsarbeit, sozialer Unterstützung, Teilhabe und funktionierender Infrastruktur in den Kiezen. 62 Gerade in Berlin-Mitte sind die sozialen Herausforderungen besonders groß – Armut, Bildungsungleichheit und wachsende soziale Problemlagen erfordern tragfähige Strukturen vor Ort.

63 Die Parkläufer leisten eine unverzichtbare Arbeit in den Berliner Parks, fördern Sauberkeit, Sicherheit und Konfliktprävention und entlasten Polizei und Ordnungsdienste. Ein Wegfall dieser Mittel hätte negative Auswirkungen auf die Aufenthaltsqualität und die soziale Kontrolle öffentlicher Grünflächen, was insbesondere für den Bezirk Mitte besorgniserregend ist.

64 Gleichzeitig bietet die aufsuchende Sozialarbeit im öffentlichen Raum eine wichtige Schnittstelle für Menschen in prekären Lebenssituationen, insbesondere Obdachlose und andere vulnerable Gruppen. Sie schafft

sie die Lebensqualität, Sicherheit und Teilhabe in den Quartieren erheblich beeinträchtigen würden.

Dazu gehört insbesondere:

- den vollständigen Erhalt der Verstärkungsmittel gegen drohende Kürzungen im Abgeordnetenhaus und Senat politisch durchzusetzen,
- durch die Mitglieder der SPD Mitte im Senat und im Landesvorstand sicherzustellen, dass alternative Konsolidierungsvorschläge erarbeitet werden, die nicht zu Lasten der Bezirke und deren Präventionsarbeit gehen,
- darauf hinzuwirken, dass finanzielle Mittel für soziale Stabilität, Prävention und Integration nicht unter dem Druck kurzfristiger Sparvorgaben geopfert werden.

84 Vertrauen, ermöglicht niedrigschwelligen Zu-  
85 gang zu Angeboten und trägt zur sozialen  
86 Stabilisierung bei.  
87 Darüber hinaus ist die drogenpräventive Ar-  
88 beit von „Fixpunkt“ eine essenzielle Unter-  
89 stützung für Menschen mit Suchtproblemen  
90 im Bezirk Mitte. Fixpunkt bietet Beratung, Be-  
91 gegnung und Begleitung mit einem ganzheit-  
92 lichen Ansatz, der viel zur sozialen Integrati-  
93 on und zur Reduktion von Risiken im öffentli-  
94 chen Raum beiträgt.  
95 Diese drei Bereiche sind unverzichtbare Säu-  
96 len präventiven Handelns im Bezirk, die zur  
97 sozialen Stabilität, öffentlichen Sicherheit  
98 und zur Lebensqualität beitragen. Die finanzi-  
99 elle Absicherung und Weiterentwicklung die-  
100 ser Angebote ist daher eine politische Prio-  
101 rität und darf nicht durch Einsparungen ge-  
102 fährdet werden.  
103 Die Verstärkungsmittel sind ein zentrales  
104 Werkzeug dafür, dass die Bezirke diese Aufga-  
105 ben erfüllen können. Sie stellen sicher, dass  
106 präventive Angebote aufrechterhalten wer-  
107 den, die langfristig nicht nur soziale Stabilität  
108 fördern, sondern auch kostenintensive Folge-  
109 schäden für die Gesellschaft vermeiden.  
110 Eine Kürzung dieser Mittel würde die Hand-  
111 lungsmöglichkeiten der Bezirke massiv ein-  
112 schränken und hätte fatale Folgen für die Prä-  
113 ventionsarbeit. Stattdessen müssen Einspar-  
114 potenziale an anderer Stelle geprüft und al-  
115 ternative Maßnahmen erarbeitet werden.  
116  
117 Die SPD Mitte bekräftigt daher: Prävention  
118 stärken statt kaputtsparen – Verstärkungs-  
119 mittel erhalten!

---

**Ini2****Jusos Mitte****Ari bleibt im öffentlichen Raum – Für ein feministisches Erinnern an die Opfer sexualisierter Gewalt**

1 Die Friedensstatue „Ari“ im Berliner Bezirk  
2 Mitte ist ein wichtiges Mahnmal gegen se-  
3 xualisierte Gewalt in Kriegen. Sie erinnert  
4 an die Opfer des Systems der sogenannten  
5 „Trostfrauen“ und steht zugleich für eine fe-  
6 ministische, antirassistische und dekoloniale  
7 Erinnerungspolitik.  
8 Doch aktuell ist der Verbleib der Statue mas-  
9 siv bedroht: Der Bezirk Mitte hat die Entfer-  
10 nung der Statue bis zum 7. Oktober 2025 an-  
11 geordnet. Sollte dieser Anordnung nicht ge-  
12 folgt werden, droht dem Koreaverband, der  
13 sich seit Jahren für den Erhalt der Statue ein-  
14 setzt, eine Strafzahlung von 3.000 Euro. Da-  
15 mit wird eine zivilgesellschaftliche Initiative  
16 kriminalisiert, die genau das tut, was Poli-  
17 tik und Verwaltung eigentlich unterstützen  
18 müssten: Erinnerung sichern und feministi-  
19 sche Perspektiven sichtbar machen.  
20 Bereits Anfang des Jahres entschied das Ver-  
21 waltungsgericht Berlin, dass Ari zumindest  
22 bis zum 28. September 2025 im öffentlichen  
23 Raum stehen bleiben darf. Dieser Tag rückt  
24 nun immer näher und die Unsicherheit um  
25 die Zukunft der Statue wächst. Für die Betrof-  
26 fenen, die Überlebenden und ihre Unterstü-  
27 zer\*innen ist dies ein unhaltbarer Zustand:  
28 Ein Erinnerungsort, der eigentlich dauerhaft  
29 geschützt sein müsste, steht unter perma-  
30 nentem Abbaudruck.  
31 Gerade jetzt braucht es ein klares Signal von  
32 Berlin. Statt sich dem Druck der japanischen  
33 Regierung und antifeministischen Kräften zu  
34 beugen, muss die Stadt Verantwortung über-  
35 nehmen. Eine Entfernung der Statue wür-  
36 de die Stimmen der Überlebenden erneut  
37 marginalisieren und ein fatales Zeichen set-  
38 zen: dass sexualisierte Gewalt im Krieg ver-  
39 drängt und die Forderungen nach Gerechtig-  
40 keit überhört werden.

41 Lasst uns endlich deutlich machen: Wir geben  
42 nicht auf! Ari muss bleiben und zwar dort wo  
43 sie ist!

44 Daher fordern wir:

- 45 1. Die Abbauverfügung gegen die Friedensstatue Ari zurückzunehmen und sicherzustellen, dass die Statue dauerhaft an ihrem Standort im öffentlichen Raum in Moabit verbleiben kann.
- 50 2. Keine Strafzahlungen gegen den Korea-verband zu verhängen, der sich seit Jahren für feministische Erinnerungspolitik und gegen das Vergessen einsetzt.
- 54 3. Den dauerhaften Erhalt der Friedensstatue an ihrem Standort durch eine rechtlich gesicherte Lösung, in Einverständnis mit dem Koreaverband.